O-04 Klare Kante gegen Verfassungsfeinde

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (KV Plön)
Tagesordnungspunkt:	O TOP 02 - Verantwortung übernehmen, Orientierung geben, Vertrauen gewinnen
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Das entschlossene Eintreten gegen Faschismus und für Demokratie ist Teil unserer politischen DNA. Die AfD radikalisiert sich immer weiter und ist zentraler Bestandteil eines rechtsextremen Netzwerks.

Ein Verbotsverfahren muss deshalb endlich auf den Weg gebracht werden.

Wir setzen uns außerdem für weitere gesetzliche Maßnahmen ein, um Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst zu entfernen.

Der Schutz unserer Verfassung und unsere Gesellschaft vor dieser Bedrohung hat jetzt Priorität.

Einfache Sprache

Wir möchten ein Verbot der AfD und die Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem Staatsdienst.

Begründung

Dieser Antrag wurde inspiriert vom Wahlprogramm 2026 von Bündnis 90 / Die Grünen Rheinland-Pfalz: https://gruene-rlp.de/wahlprogramm-landtagswahl-2026/

Damit stärken wir die notwendige Forderung zur Eröffnung eines AfD Verbotsverfahrens, um unsere Verfassung und unserer Gesellschaft zu beschützen.

weitere Antragsteller*innen

Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Tabitha Elkins (LV Bayern); Constanze von Essen (KV Berlin-Lichtenberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Jürgen Bischoff (KV Berlin-Kreisfrei); Julia Länder (KV Leverkusen); Damian-Aidan Koenig (KV Leipzig); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Albert Dietz (KV Ahrweiler); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Jakob Gintars (KV Bonn); Dustin Eikmeier (KV Berlin-Lichtenberg); Ellen Russow-Henning (KV Lüchow-Dannenberg); sowie 118 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.